

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Breiter Protest für den Erhalt des Flugfeldes Baisingen/ Eutingen Rathausspitze will Natur „austauschen“

**Fristgerecht und eindrucksvoll übergeben Mitglieder des Aktionsbündnisses für den Erhalt des Flugfeldes am Freitag, den 18. September, über 1.750 Widersprüche von Einwohnern aus Baisingen, Ergenzingen, Obernau, Wendelsheim, Kiebingen und der Kernstadt beim Regionalverband in Mössingen. Hinzu kommen weitere Postkarten und Emails. Sie alle sind gegen ein mögliches interkommunales Gewerbegebiet auf dem Flugfeld. Beide Fraktionen im Ortschaftsrat Ergenzingen, der NABU und andere Organisationen erheben lauthals Einspruch.**

Insgesamt sollen über 70 Hektar Fläche versiegelt werden, davon gut 40 Hektar auf Rottenburger Gemarkung. Dabei ist die Verwaltung gerade erst beim geplanten Gewerbegebiet Galgenfeld grandios gescheitert. Jetzt soll der Flächenfraß dreimal so groß wie der bei Kiebingen werden. Wohl wissend, dass die Einspruchsfrist am 18. September abläuft, hat die Rathausspitze bis heute die Bürger\*innen nicht darüber informiert.

#### Neue Beschlusslage

Die Beschlusslage ist neu: Im Mai hatte der Regionalverband Neckaralb wichtige Flächen auf dem Flugfeld von „Vorranggebieten“ in „Vorbehaltsgebiete“ umgewandelt, so dass Grünflächen und der wertvolle

Ackerboden jetzt kein Hindernis mehr für eine Bebauung sind. Das passierte im Rahmen der 5. Änderung des Regionalplans für die Landkreise Tübingen, Reutlingen und Zollernalb. Damit wurde die Summe der Flächen für Industrie, Gewerbe und Dienstleister um 129 Hektar auf insgesamt 399 Hektar vergrößert! Im Regionalplan von 2013 waren es noch 270 Hektar.



Die damaligen Festlegungen hatten P. Rebmann (SPD) und OB Neher (CDU) unter der Losung „Nicht kleckern, sondern klotzen“ durchgesetzt. Bisher hieß es im Beschluss des Gemeinderats vom 20. März 2018: „Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Regionalverband Nordschwarzwald und der Gemeinde Eutingen im Gäu die Aufnahme des Gewerbegebiets am Standort Flugfeld Baisingen in den Regionalplan ABZUSTIMMEN.“ Erst im Dezember 2019 beantragte OB Neher beim Regional-

verband, dieses Flugfeld umzuwidmen, ohne vorher oder danach die Ortschaftsräte oder der Gemeinderat zu informieren oder in die Beratung einzubeziehen - ein Husarenritt ohne Bürgerbeteiligung und Legitimation mithilfe des Gummi-Wortes „abstimmen“. Soviel zu unserem Musterknaben in Sachen Bürgerbeteiligung (Neher's Offener Brief).

#### Lebensqualität: Breiter Protest informiert sich

Bereits am 1. Mai 2019 organisierte der NABU unter Führung von Siegfried Wollwinder-Schiller und Norbert Ziegeler Wanderungen auf dem Gelände und sammelte an einem Tag über 200 Protestunterschriften. Die Hochfläche dient vielen Zugvögeln als Rastplatz, unter den 100 Vogelarten haben 20 Feldlerchenpaare hier ihre Brutstätte. Jeder Spaziergänger bemerkt dort oben die frische Brise, der über Ergenzingen bis Seeborn ins Tal weht. Wird die Fläche versiegelt, fehlt sie für die Versickerung von Regenwasser und die Bildung von Grund- und Trinkwasserreserven im Einzugsbereich Bronnbachquelle. Unsere leeren Flüsse kennt niemand im Rathaus. Bei Starkregen besteht Hochwassergefahr, wie es viele Ergenzinger schon erlebt haben. Die Ackerflächen und Wiesen ermöglichen die Erzeugung von Nahrungsmitteln für die Nahversorgung von 1.800 Menschen, wie Erwin Raible betont. >>>

#### Lesen Sie weiter:

**Edzard Reuter und sein Verhältnis zu S21- Seite 3**

**Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf Seite 4**

**Neuer Hartz-IV-Regelsatz mit Provokation Seite 7**

**Der Schlachthof in Rottenburg muss erhalten bleiben Seite 10**

Er hat berechnet, dass seit 1980 mehr als 170 Hektar Fläche versiegelt wurden, seit der Eingemeindung nach Rottenburg gingen schon 17 Prozent der Gemarkung von Ergenzingen verloren. Nicht nur die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen werden durch die neue Planung missachtet. Viele Menschen nutzen das schöne Gebiet zur Naherholung.

### Öffentliche Diskussion gefordert

Die Baisinger und Ergenzinger werden regelrecht eingeschlossen von der Autobahn A 81, der Bundesstraße und dem Zubringerverkehr von 400 LKWs täglich zum DHL-Frachtzentrum:

### Lärm, Licht und Naturzerstörung – viele können nachts nicht mehr ruhig schlafen. Die Lebensqualität im größten Teilort Rottenburgs ist in Gefahr!

Doch Bürgermeister Weigel interessiert nur, Gewerbeflächen „vorzuhalten“. Als besonderen Trick bietet OB Neher einen Tausch an, indem er als „Ausgleich“ zum Flugfeld 40 Hektar Flächen im Bereich Höllsteig und im Westen von Ergenzingen anbietet. Lassen sich Frischluftschneisen, Ackerflächen bester Qualität, Niederschlagsflächen und Vogelnistgebiete in der Natur „austauschen“?

Ein Tausch mag für Bürgermeister gelten, nicht für die Natur. Deshalb muss das Flugfeld Baisingen erhalten bleiben und darf nicht versiegelt werden. Darüber müssen jetzt Bürgerversammlungen, Ortschafts- und Gemeinderat in Ruhe öffentlich beraten.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg



## Trumpf-Ass fürs Flugfeld

### Rathausrunde vom August 2020

**Nach über 30 Jahren im Gemeinde- oder Ortschaftsrat darf ich auch einmal zurückschauen: Ja, es hat Freude und manchmal auch richtig Spaß gemacht, die Geschichte der Stadt ein wenig mitzusteuern, die Meinung zu sagen und eine oft übermütige Verwaltung nach Kräften zu bremsen und in ihre Schranken zu verweisen – wenn dies nottat.**

Für mich war es persönlich der größte kommunalpolitische Erfolg, ja ein gesamtstädtischer Triumph, dass es im Herbst 2018 durch den legendären Bürgerentscheid gelang, die ungezügelten und verblendeten Wachstumsträume der Verwaltungsspitze – allerdings verbunden mit einer leider mitträumenden Mehrheit im Gemeinderat! – zu stoppen. 69,6 Prozent der abgegebenen Stimmen in den 69 Abstimmungsbezirken waren gegen den Raubbau durch das geplante Gewerbegebiet „Galgenfeld“. Ganz unbewusst folgten die Rottenburger Bürger der Auffassung des CDU-Mitglieds Franz Alt: „Nicht alle Umweltschützer müssen Christen sein, aber alle Christen Umweltschützer.“ Aber die Sturmglocken läuten: Schon wieder macht sich die Kommunalpolitik, vor allem deren Verwaltungen, auf den Weg, um Natur und Umwelt im Namen einer herbeigeredeten Notwendigkeit gnadenlos unter den Pflug zu nehmen.

Diesmal sollen unter der Etikette eines „Interkommunalen Gewerbegebiets“ (!) 60 Hektar auf dem alten Flugfeld zwischen Rottenburg und Eutingen versiegelt werden. Der kuriose Regionalverband Neckar-Alb, besetzt mit ganz vielen „befangenen“ Bürgermeistern und hochkarätigen Beamten, bläst wieder zum Sturm auf die intakte Natur. Ein seriöser Bedarf ist (wie schon beim „Galgenfeld“) überhaupt nicht nachgewiesen, aber neue „Gutachten“ werden kommen, die dies behaupten. Als Alibi träumt Baubürgermeister Weigel von reuigen deutschen Gewerbeflüchtlingen und Spätheimkehrern aus China, Korea oder Taiwan, denen er eine neue Gewerbeheimat andienen will. Aber ich bin guter Dinge, dass die Bürgerinnen und Bürger den neuen Coup hellwach begleiten werden.

**Demokratische Erfahrung aus 2018 ist ihr Trumpf-Ass!**



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**



# Edzard Reuter und sein Verhältnis zu Stuttgart 21

**Ein Daimler-Chef, der Stuttgart 21 als „politischen Skandal“ bezeichnet? Ein Topmanager, der sich für den Ausgleich zwischen Arm und Reich einsetzt? Gibt's den überhaupt? Das fragt man sich besonders bei Leuten, die einst beim Daimler Karriere gemacht haben, um dann S21 gnadenlos durchzuboxen, wie z. B. bei Rüdiger Grube, dem ehemaligen Bahn-Chef.**

Doch so einen Manager gibt es. Es ist Edzard Reuter (92), Sohn von Ernst Reuter, der von 1948 bis 1953 Regierender Bürgermeister von Berlin war und durch seine legendäre Rede „Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt“ weltbekannt wurde. Edzard Reuter war als Sozialdemokrat von 1987 bis 1995 Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG. Er wollte aus Daimler einen riesigen zukunftssträchtigen Technologiekonzern machen, seine Nachfolger machten viele seiner Entscheidungen jedoch wieder rückgängig.

Schon wiederholt hat sich Edzard Reuter zu Wort gemeldet und sich zu seinen Ansichten über Stuttgart 21 geäußert. Vor einigen Jahren erschien sein Buch „Eingemischt! Zwischenrufe eines älteren Herrn“, in dem er ein ganzes Kapitel Stuttgart 21 widmete. So sei für ihn S21 ein Musterbeispiel dafür, wie man die Lebensfähigkeit der Demokratie aufs Spiel setzen kann. Das Bahnprojekt beruhe auf schlankem Weg erlogenen Behauptungen. Altbakene Traditionen wie der blinde Glaube an den Fortschritt, dürfen ihren Weg nicht mehr bestimmen.

Im Jahr 2017 äußerte sich Reuter in der Süddeutschen Zeitung: Immer mehr Menschen mit Zeitarbeitsverträgen stehen Managern gegenüber, die Bezüge im zweistelligen Millionenbereich bekommen. Es werde leider „knallen, wenn wir nicht endlich aufwachen“. Die Gier, die nach seiner Ansicht auch zum Diesel-Skandal geführt habe, treibe die Menschen auseinander, in einer Zeit, in der der Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung ohnehin schon eine weltweite Revolution erlebe. Reuter wird energisch, wenn es um soziale Fragen geht: „Der Wohlstand sei nicht für alle dauerhaft gesichert“, warnt er: „Umso mehr müssen wir nachsteuern, wenn wir nicht wollen, dass es auch hier in Europa bald selbstverständlich wird, dass wie in den USA unter der Brücke arme Schlucker hausen und oben Millionäre drüberflanieren.“

Erst kürzlich führte die Kontext-Wochenzeitung ein Interview mit ihm, das wir hier auszugsweise wiedergeben:



**Herr Reuter, Ihre SPD lobt den unterirdischen Bahnhof, die Wirtschaft begrüßt den Fortschritt und Sie, als SPD-Mitglied und ehemaliger Daimler-Chef, harren aus auf einseitigem Posten mit Ihrer Kritik an Stuttgart 21. Mögen Sie das Motto viel Feind, viel Ehr?**

Ach was. Anfangs gefiel mir sogar die Idee recht gut, die riesengroße Gleisfläche für die Stadt zu nutzen. Bis die Diskussion losging, die schließlich 2011 zur Volksabstimmung geführt hat. Da habe ich mich schon sehr gewundert, woher die merkwürdigen Zahlen plötzlich kamen, von denen ich mir nicht vorstellen konnte, dass sie realistisch sein könnten. Es wurde behauptet, zum Schluss koste es 2,5 Milliarden Euro, das könnten wir uns leisten bei einer Bautätigkeit von zehn Jahren. Ich habe das nicht geglaubt. Ich habe damals mit vielen Verantwortlichen in meiner Partei darüber geredet und war bass erstaunt, zu hören: Das ist doch völlig egal, das machen wir so, das ist eine tolle verkehrspolitische Entwicklung, die schnelle Verbindung von Paris nach Bratislava ...

**... die berühmte europäische Magistrale, die der ehemalige CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger auch immer beschworen hat ...**

... und das ist technischer Fortschritt. Davon waren auch die meisten in der SPD fest überzeugt. Für mich hat das Ganze in einem politischen Skandal geendet, den ich für einen der schlimmsten Fehlritte halte, die hier in Deutschland gemacht wurden. Weil hier die Entscheidungshoheit des Parlaments und der Regierung verlagert wurde in eine direkte Befragung des Volkes – und diese Volksabstimmung herbeigeführt wurde mit erfundenen und erlogenen Zahlen.

**Damals lagen die Baukosten merkwürdigerweise noch bei 4,5 Milliarden.**

Das war damals schon erstunken und erlogen. Alle Beteiligten wussten es. Diese Volksabstimmung war ein Betrug und ein Verbrechen am demokratischen System. Und deswegen werde ich nicht aufhören zu sagen, dass die Schuldigen, die das damals verantwortet haben, eigentlich zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

**Wenn man die Leute an der Spitze anschaut, Dürr, Mehdorn, Grube, dann waren das entweder Daimler-Manager oder Geschäftspartner. Hätte man da nicht erwarten können, dass die ihr Geschäft beherrschen?**

(lacht) Alle diese beteiligten Herren haben versucht, die Bahn als wichtiges Projekt voranzubringen. Das heißt aber nicht, dass ich die Fähigkeiten und die Qualifikation dieser Herren gleichermaßen schätze.

**Kennen Sie das Bonmot, dass die Daimler-Leute geholt wurden, um die Bahn an die Wand zu fahren und als Konkurrenz zum Auto klein zu halten?**

Das ist ja wohl ein Witz. Alles ging mit Helmut Kohl los, der meinen geschätzten Kollegen Heinz Dürr zur Bahn geholt hat. Das war doch kein Versuch, auf diesem Weg die Zukunft der Automobilindustrie zu sichern. Damals ging es darum, die Bahn so schnell wie möglich zu privatisieren. Das war der eigentliche Grund, und nicht die Förderung der Automobilindustrie. Wenigstens Letzteres konnte verhindert werden. Auch dank Peter Conradi.

**Auch wir begrüßen es, dass es Topmanager wie Edzard Reuter gibt, und wollen deshalb auch weiterhin**

## OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

## ***Kita-Gebühren 2020: Grüne ermöglichen Erhöhung***

**In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschloss der Gemeinderat mit erstaunlichen Mehrheitsverhältnissen die Erhöhung der Gebühren für städtische Kinderbetreuung um 1,9 Prozent für ein Jahr. Das soll der Stadt lächerliche Mehreinnahmen von 11.300 Euro in den Haushalt spülen.**

Lächerlich ist diese Erhöhung allerdings nicht, sondern wirklichkeitsfremd für viele Rottenburger Familien und für Alleinerziehende. Denn in Rottenburg sind 30 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor tätig. Sie und viele andere sind in der aktuellen Corona-Krise in einer völlig unsicheren Lage und wissen nicht, wie es mit ihnen und ihrer Familie weitergeht. Sie brauchen jeden Cent für gesunde Ernährung mit frischem Gemüse und Obst, deren Preise um 8-11 Prozent gestiegen sind. Deshalb hatte DIE LINKE bereits im Vorfeld erfolgreich vorgeschlagen, die Kita-Gebühren bis zu den Sommerferien auszusetzen.

Kulturamtsleiter Geppert und OB Neher argumentierten, dass Kita-Erhöhungen in den Folgejahren umso

höher würden, wenn man dieses Jahr keine Erhöhung beschleibe. Noch immer leugnen sie, dass Bildung grundsätzlich von der Kita bis zur Uni gebührenfrei sein muss – wie es die Linke, SPD, Gewerkschaften und Elternverbände im Kita-Bündnis Baden-Württemberg fordern. Andere Bundesländer (Rheinland-Pfalz, Hamburg, Hessen, Berlin, Thüringen) und Städte in Baden-Württemberg wie zum Beispiel Mannheim, Heilbronn und Keltern würden mit ihrer Gebührenfreiheit auf Kosten der anderen leben. Außerdem wolle man dem Ziel näher kommen, dass die Elternbeiträge 20% der Betriebsausgaben tragen müssten. Dieses Ziel gilt als Regel aber nur für kirchliche Träger – nicht für städtische Kitas. Ohnehin beträgt der „Deckungsgrad“ der Eltern in Rottenburg seit Jahren zwischen 15,24% (2015) und 15,71% (15,91).

Es wäre also ein Leichtes gewesen, die Stadt hätte angesichts der Krisensituation auf diese Erhöhung verzichtet. So hatten auch die Elternvertreter im Sozialausschuss argumentiert und wurden sowohl von der Linken wie von Schuler (JA) im Gemeinderat unter-

stützt. Neu war, dass die SPD erstmals seit Jahren sich der Stimme enthielt. Der öffentliche Druck wirkt – wie bei der leistungsgerechten Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte. Doch die Grünen sorgten schließlich für die Mehrheit: Sie befürchteten einen Qualitätseinbruch (!), wenn es keine Erhöhung gäbe und wollten eine Sozialtafelung, für deren Berechnung die Stadt zwei neue Personalstellen bräuchte!

**Anstatt die Gebührenerhöhung mit ihren fünf Stimmen abzulehnen, führte die Zustimmung der Grünen zur Mehrheit für die Erhöhung mit 15 Ja-Stimmen, bei acht Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen!**



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat

Kreisrat

## ***Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf***

**Kürzlich verteilte die Stadtverwaltung überall Bierdeckel mit den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei übersieht sie seit Jahren das Ziel Nr. 1 „Keine Armut“!**

Wie die Bertelsmann-Stiftung kürzlich in ihrer neuen Studie feststellt, ist die Kinderarmut eine „unbearbeitete Großbaustelle“ in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt und einem Paradies für Steuerhinterzieher und Geldwäscher.

Die „Armutgefährdungsquote“, wie es im Beamtenjargon heißt, ist von 2006 bis 2018 deutlich gestiegen: Etwa 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, das sind 21,3 Prozent dieser Altersgruppe, sind gezwungen, in Armut aufzuwachsen. Bei fast der Hälfte von ihnen hat sich Armut „verstetigt“, weil sie bereits länger als vier Jahre in der Mangelsituation leben müssen, wie die Caritas kritisiert. Gefährdung einer ausgewogenen Ernährung und Gesundheit, ihrer Chancengleichheit bei

Bildung und Ausbildung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit Sport, Treffen mit Freunden, Kino-Besuche, wenigstens eine Woche Urlaub im Jahr – all das findet bei ihnen nicht statt.



Jörg Dräger vom Bertelsmann-Stiftungsvorstand warnte, dass die Corona-Pandemie die Armut von Kindern noch verschärft, weil ihre Eltern häufig in Teilzeit oder als Minijobber arbeiten müssen und so als erste ihre Stelle verlieren und dann kaum oder kein Kurzarbeitergeld erhalten. „Die Vermeidung von Kinderarmut muss gerade in der Corona-Krise politische Priorität bekommen“, fügte er hinzu. Die Sozialexpertin der Linken im Bundestag, Sabine Zimmermann, forderte die Bundesregierung auf, „endlich ein Konzept gegen Kinderarmut vorzulegen“.



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat

Kreisrat



# Zum Antikriegstag 1. September 2020 erklärt Heike Hänsel, Tübinger Bundestagsabgeordnete für die Fraktion Die Linke:

**„Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die Gesamtopfer dieses Krieges, den Nazideutschland verantwortete, sind mehr als 55 Millionen Tote, davon allein 28 Millionen Menschen in der Sowjetunion. Über 6 Millionen Jüdinnen und Juden und hunderttausende Sinti und Roma wurden ermordet.**

Alle diejenigen, die ein antifaschistisches Deutschland wiederaufbauen wollten, waren sich einig, dass es nach der Verantwortung für zwei Weltkriege in einem Jahrhundert kein hochgerüstetes Deutschland mehr geben darf. Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ist heute wichtiger denn

je, angesichts eines besorgniserregenden Erstarkens rechter Bewegungen und Parteien und angesichts zahlreicher Bundeswehreinheiten, einer Rekordsumme von 50 Milliarden Euro für Aufrüstung im Haushalt und Rekordwerte bei deutschen Rüstungsexporten in alle Welt.

Zudem droht die Gefahr eines neuen Kalten Krieges zwischen der NATO und China und Russland, verbunden mit einer neuen atomaren Rüstungsspirale. Das Gebot der Stunde heißt deshalb: abrüsten statt aufrüsten, und der Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss Russlands. Die Bundesregierung muss vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen und sich für neue atomare und konventionelle Abrüstungsinitiati-

ven stark machen, statt selbst nun atomare Kampfbomber und bewaffnete Drohnen anzuschaffen.

Dieses Geld wird dringender benötigt für Bildung, Gesundheit, Pflege, Rente und die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen des Corona-Lockdowns. Dies ist auch ein Beitrag dazu, rechten Ideologien den Nährboden zu entziehen.“



Heike Hänsel, MdB

Stellvertretende Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Bundestag

## Internationale Protestwoche gegen atomare Aufrüstung im Coronaschatten

**Im Rahmen der alljährlichen 20 Wochen Widerstand gegen die 20 amerikanisch-deutschen Atombomben bei Buechel/Eifel trafen sich holländische, amerikanische und deutsche Friedensaktivisten zu Mahnwachen und zum Ratschlag.**

Dort übt die Bundeswehr noch immer deren Abwurf auf russische Städte. Es ging um die Unterstützung einer internationalen Gruppe in den anstehenden Gerichtsverfahren wegen einer symbolischen Blockade der Abflugpiste für Tornadobomber. Erstmals in der deutsch-amerikanischen Geschichte stand dabei auch ein U.S.-Bürger, ein 78-jähriger ehemaliger Vietnam-Soldat und Mitglied der „veterans for peace“, vor einem deutschen Gericht.

Ein zweiter Schwerpunkt galt dem Gedenken an den Jahrestag der ersten Atombomben-(Test)-Explosion am 16. Juli 1945, welche trotz vieler Vorsichtsmaßnahmen nicht ohne Menschenopfer blieb.

Aus diesem Anlass blockierte eine internationale Gruppe der Catholic Workers, der DFG-VK, des Buechel-Komitees, der Lebenslaute und der LINKEN ab 6.30 Uhr das Haupttor des Atomwaffenstandorts. Obwohl das diesjährige Friedenscamp aus verschiedenen Gründen nicht in gewohntem Umfang stattfinden konnte, war diese Protestaktion angesichts der geplanten „Modernisierung“ der vorhandenen A-Bomben und der Diskussion um eine neue Bomberflotte der „Rheinischen Zeitung“ einen Bericht samt Foto auf der Titelseite wert.

### Die Weltuntergangsuhr

Steht die „doom’s day clock“ (Weltuntergangsuhr) angesichts der einseitigen Trump/NATO-Aufrüstungspolitik heute wieder auf 5 vor 12? Die Büchel-Bomben werden von U.S.-Seite inzwischen als „dumb bombs“ („tumbe“, taube Bomben) bezeichnet und sollen bald durch „intelligenterer“ ersetzt werden. Jede einzelne von ihnen hat die 20 bis 140-fache Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe! In vorausweisendem Gehorsam hat „Verteidigungsministerin“ Kramp (f)-K(n)arrenbauer bei ihrem Amerika-besuch im Frühjahr den Kauf von neuen Kampfjets zugesagt, die den „Tornado“ angeblich technisch, auf jeden Fall aber preislich weit in den Schatten stellen. Vor dem Hintergrund der einseitigen Aufkündigung internationaler Verträge zur Rüstungsbegrenzung durch Trump sowie der (bisherigen) Nicht-Unterzeichnung des UN-Atomwaffen-Verbots durch sämtliche offiziellen Atomkräfte und ihrer NATO-„Teilhaber“ sehen sich Friedensforscher sogar veranlasst, den augenblicklichen Stand der Weltuntergangsuhr mit 100 Sekunden vor 12 abzulesen!

### Leere Versprechen

Kann Deutschland, kann Europa künftig die Rolle eines Friedensgaranten einnehmen und so seinen eigentlichen Interessen am besten dienen? Immerhin waren sich CDU und FDP in ihrem Koalitions-Vertrag der 90er schon einmal über den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland einig. Auch hat der

Bundestag 2011 einmütig einen diesbezüglichen Entschluss gefasst. Allein entsprechende Taten blieben bisher aus, ja im Moment scheint unsere Regierung sowohl die NATO- als auch die EU-Aufrüstung voranzutreiben! Den UN-Atomwaffenverbots-Vertrag haben bisher 40 Länder unterzeichnet – 50 wären nötig, damit er in Kraft tritt. In Europa sind bisher nur Österreich, der Vatikan und San Marino dabei (gegenüber 18 von 25 Staaten in Lateinamerika!). Dagegen ließ eine Rotkreuz-Umfrage 2019 unter 16 000 zufällig ausgewählten jungen Menschen (20-35 Jahre) aus 16 Ländern eine deutliche Mehrheit für den UN-Verbotsantrag erkennen. Die Anwendung von Kernwaffen lehnen zwischen 73% (USA) und 98% (Syrien) ab. In einer Erklärung zum 50. Jahrestag des Vertrags zur Nichtweitergabe von Nuklearwaffen forderten 16 Staaten deren gänzliche Abschaffung und eine Zone frei von atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen im Mittleren Osten – sie repräsentieren 1,15 Milliarden Menschen. Die Corona-Pandemie habe offengelegt, dass viele Länder auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung oder des Ausbaus der Gesundheitsfürsorge in Atomwaffenarsenale und deren Modernisierung investieren (Daily News Egypt, May 20, 2020).

Für mich persönlich wie für viele Menschen auf der ganzen Welt gibt es wahrlich größere Probleme als eine Pandemie, die ich damit keinesfalls kleinreden will!

Gastbeitrag Wolfgang Rund

# Corona-Hilfe à la SPD: Bedürftigkeitsprüfung statt schneller Hilfe

## Erbärmliches Denken der SPD

**Schnell, unbürokratisch und unkompliziert wollten FAIR/ DIE LINKE 360 Haushalten in schwieriger Lage, Alleinerziehenden, Familien mit Kindern mit einem Restaurant-Gutschein über 50 Euro in Corona-Zeiten eine Freude machen. Die amtlich geprüften Benutzer des Tafelladens/ Inhaber einer Kreisbonus-Card sollten ein Zeichen der Anerkennung für ihre Mühe und Mehrfachbelastung in schwierigen Zeiten erhalten. Viele Kinder in diesen Familien bekamen wochenlang kein Mensa-Essen, die Tafel war geschlossen und die Preise für frische und gesunde Lebensmittel schossen in die Höhe – Gemüse und Obst um 10 Prozent!**

Im April gab es bundesweit 6,8 Mio. Beschäftigte, die dank Hubertus Heil (SPD) von 60 Prozent Kurzarbeitergeld kaum ihre Miete zahlen können. Der versprochene Corona-Zuschlag für Kinder wird erst ab September ausgezahlt. Als vorletzter Tagesordnungspunkt wurde der Antrag von FAIR/ DIE LINKE vom Juni in Rottenburgs Gemeinderat Ende Juli verhandelt. Der Antrag von FAIR/ DIE LINKE habe die SPD immerhin dazu bewegt, nach fünf Wochen einen eigenen Antrag zu formulieren, so Jo Herbst (Grüne) im Gemeinderat. Der „Notfall-Fonds“ der SPD sieht allerdings vor, nur „in begründeten Einzelfällen“ Hilfen bis höchstens 300 Euro zu gewähren. Die Betroffenen können sich nicht bewerben, sondern werden von „Hebammen, Ärzten, Betreuungspersonen“ vorgeschlagen. Dann entscheidet ein Gremium mit einem Vertreter des Bürgerbüros für Soziales und je einem Vertreter der beiden großen Kirchen über die Bedürftigkeit. „In unklaren Fällen entscheidet der Oberbürgermeister.“

Fast schlimmer als die Ablehnung der Gutscheine ist die erbärmliche Denkweise von Steur (SPD), die hinter der „Alternative“ verborgen ist und selbst viele CDUler in seinen schwärzesten Schatten stellt. Indem die Kreisbonus-Card-Inhaber und weitere 3.800 Rottenburger Beschäftigte im Niedriglohnsektor als „Einzelfälle“ behandelt werden, wird ihre Notlage zum Einzelschicksal erklärt. Damit wird die Erkenntnis verhindert, dass die soziale Struktur die Situation verursacht hat und nicht ihr persönliches Versagen – Solidarität und Zusammenschluss werden verhindert. Wenn die Betroffenen keinen eigenen Antrag stellen dürfen, wird ihre Eigeninitiative verhindert, werden sie abhängig von Gönnern gemacht. Dies kommt einer Entmündigung gleich!

Sie werden zu passiven Objekten einer Armutsverwaltung erklärt, die sich hilflos in ihr Schicksal ergeben sollen. Letztlich hat diese Denkweise bei der SPD Tradition seit den neo-liberalen Hartz-Gesetzen unter Gerhard Schröder, die den Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld in monströse Bittgänge in den Job-Centern umgewandelt und „Armut per Gesetz“ verordnet haben.

Das hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat bis ins I-Tüpfelchen verinnerlicht: Diese SPD hat wirklich nichts aus ihre Hartz-IV-Debakel gelernt!

### Märchen von den Einzelfällen

Eine Großartigkeitsleistung der Rottenburger SPD nach sechs Monaten Corona. Sie behandelt die Betroffenen als Bittsteller ohne eigene Initiative, als „Einzelfälle“ und macht die Hilfe letztlich vom Wohlwollen des OB abhängig – welche Ehre! Fraktionsvorsitzender Steur begründete den Antrag damit, dass er mit Betroffenen gesprochen habe. Sie bräuchten keinen Restaurant-Gutschein „zum Vervespern“, sondern Hilfe bei monatlichen Stromkosten oder einer Waschmaschine. Dabei ist es gerade Hubertus Heil (SPD) gewesen, der das Kurzarbeitergeld für 6,8 Millionen Kurzarbeiter (April 2020) erst nach sieben Monaten auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent mit Kindern) erhöht. So werden dank SPD immer mehr Familien in die Verschuldung getrieben. Für Hartz-IV-Bezieher sieht der neue Regelsatz ab 2021 horrend 1,67 Euro monatlich für eine Waschmaschine vor. Und die 3.800 Rottenburger Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind wahrlich keine „Einzelfälle“, die von einer Kommission erst wieder geprüft werden müssen, sondern das Strukturproblem einer verfehlten SPD-Sozialpolitik (Hartz-IV-Gesetze).

Die Benutzer des Tafelladens und Inhaber der Kreisbonus-Card sind bereits mehrfach von offiziellen Stellen geprüft, sonst hätten sie die Karten nicht! Aber für die SPD sind die Bedürftigen alles „Einzelfälle“, genauso wie die „Aufstocker“, die so wenig verdienen, dass sie Hartz IV beantragen müssen. Und den Restaurant-Besitzern hätten die Gutscheine auch geholfen, denn 40 Prozent von ihnen stehen laut Dachverband DEHOGA vor der Insolvenz. Da ist dann der Wegfall der Sondernutzungsgebühr für Außenbewirtschaftung nicht einmal ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

**Kurz und bündig**

### Investitionsstau an Schulen vergrößert sich

Seit 2015 haben die Kommunen ihre Investitionen für Sanierung und Neubau von Schulen auf insgesamt 10 Milliarden Euro verdoppelt. Trotz dieser großen Anstrengung ist der Investitionsstau auf aktuell 44,4 Mrd. Euro angewachsen, teilte die staatliche KfW-Bank mit. Die notwendigen Investitionen werden sicherlich durch wegbrechende Steuereinnahmen für die Kommunen stark gefährdet werden.

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer die Stadt!**

# Neuer Hartz-IV-Regelsatz mit Provokation

## Alte Berechnungsmethode ist politische Willkür

**Ab 1. Januar 2021 wird der Regelsatz für Alleinstehende in Hartz IV um 14 Euro auf 446 Euro monatlich angehoben, der für Kinder bis fünf Jahre um 33 Euro auf 283 Euro, der für Kinder von 6-13 Jahren um EINEN Euro und der für Kinder/ Jugendliche von 14-17 Jahren um 45 Euro auf 373 Euro. Für die 5,7 Millionen Personen in Hartz IV bedeutet das ein leichtes Aufatmen, denn zunächst wollte Hubertus Heil (SPD) den Regelsatz nur um sieben Euro (1,62 Prozent) erhöhen.**

Damit handelte er sich scharfe Kritik von Caritas und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ein, zumal der Regelsatz auch für die Alterssicherung, für Grundsicherung für Erwerbsminderungsrenten und für Personen im Asylbewerberleistungsgesetz gilt. Mehr als die Hälfte der Hartz-IV-Bezieher sind inzwischen Langzeitbezieher, die seit mehr als fünf Jahren in Armut leben müssen. Das betrifft auch die Hälfte der zwei Millionen Kinder in Armut. Die „Neuberechnung“ wurde wegen der aktuell gestiegenen Lebenshaltungskosten erhöht.

### Wer berechnet hier was?

Grundlage für die Neuberechnung des Regelsatzes ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre erhoben wird. Sie richtet sich NICHT nach den Bedürfnissen der Bezieher, sondern nach fragwürdigen Erhebungsmethoden, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Diakonie und Arbeiterwohlfahrt zusammen mit Linken und Grünen scharf kritisieren. Eigentlich müsste der Regelsatz „deutlich über 600 Euro“ (Ulrich Schneider vom Paritätischen) liegen. Aber als echter Sozialdemokrat wendet Hubertus Heil dieselben Tricks wie seine Vorgängerin Ursula von der Leyen (CDU) an. Die Berechnung des Regelsatzes ergibt sich aus Stichproben des Verbrauchs eines Einfamilienhaushaltes von Personen, die zu den untersten 15 Prozent der Einkommen haben – vor ein paar Jahren waren es noch die untersten 20 Prozent, aber das war der Regierung zu teuer. Besonders absurd ist die Berechnungsgrundlage für Kinder und Jugendliche, wie der Deutsche Caritasverband schon 2016 feststellte.

Bei 53.490 untersuchten Haushalten galten 243 Kinder im Alter 0-5 Jahre, 130 Kinder im Alter von 6-13 Jahren und 89 Jugendliche im Alter 14-18 Jahre als „Referenzgruppe“ für die Bedürfnisse von über zwei Millionen Kindern. Hinzu kommen „Herausrechnungen“, z.B. für Haustiere, Schnittblumen, Grabschmuck, so dass statt 74,25 nur 42,44 Euro in den Regelsatz eingehen. Oder bei der Gesundheitspflege bleiben von 27,54 nur 16,60 Euro übrig, weil Materialkosten für Zahnersatz und für orthopädische Schuhe gestrichen wurden. Insgesamt fehlen von 589,37 Euro bei den untersten 15 Prozent 154,47 Euro, so die Berechnung der Zeit (30. Juli 2020). Deshalb fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband endlich eine UNABHÄNGIGE Kommission, die prüft, was der Mensch im Monat zum Überleben braucht!

### Niederlagen vor dem Bundesverfassungsgericht

Schon zweimal hatten die Hartz-IV-Gesetze – verabschiedet von CDU, SPD, FDP und Grünen - wegen Verletzung der Menschenwürde vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) Niederlagen erlitten. Diese Parteien hatten vergessen, dass Kinder keine Rentner oder Arbeitslose sind. Der Regelsatz wird berechnet nach dem Warenkorb der 15 Prozent Personen, die die niedrigsten Einkommen haben und sie gehen nicht mehr zur Schule. Deshalb gab es für sie – und für Kinder und Jugendliche – keinen Cent für Bildungsausgaben: Verfassungswidrig. Als Placebo erfand Ursula von der Leyen das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT), was durch 150 Euro (pro Jahr!) und zehn Euro monatlich die „Teilhabe“ der Kinder beim Sport, bei Musik garantieren soll. Im Landkreis Tübingen sind dies 3.275 Kinder, die es zu 23 Prozent für ein (schulisches) Mittagessen und zu Null bis zwei Prozent für Lernförderung nutzen.

Beim zweiten Mal ging um es Sanktionen gegen 900.000 Hartz-IV-Bezieher (2018), die angeblich wegen „Faulheit“ verhängt wurden. Aber drei Viertel der Sanktionen waren wegen Terminversäumnissen aus Krankheit, verspäteter Postzustellung oder Ablehnung unsin-

niger „Förderung“. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärte, dass der aktuelle Regelsatz von monatlich 424 Euro erst nach genauer individueller Prüfung höchstens um 127 Euro gekürzt werden darf. Bisher konnte er wegen mehrfacher mangelnder „Kooperation“ der Hartz-IV-Bezieher mit dem Jobcenter um 60 Prozent, dann um 100 Prozent samt Kosten für Miete und Heizung ganz gestrichen werden. Das BVerfG sieht darin eine Verletzung der Verhältnismäßigkeit und der Menschenwürde (Artikel 1 des Grundgesetzes). Mit der Drohung, einer Person alle Existenzgrundlagen zu nehmen, sollte diese zur Aufnahme einer Arbeit jeglicher Art erpresst werden.

Der aktuelle Sozialbericht für den Landkreis Tübingen hält fest, dass im Landkreis 1.522 Personen einen so geringen Niedriglohn erhalten, dass die Hartz IV beantragen müssen. Die Unternehmen zahlen diesen „Ergänzerinnen“ auf Kosten des Staates und der Steuerzahler einen Lohn, der zum Leben nicht reicht. Bundesweit musste der Staat 2018 den arbeitenden Hartz-IV-Beziehern fast 10 Milliarden Euro zahlen. Seit 2007 wurden so 117 Mrd. Euro Lohnsubvention für gierige Unternehmen aus Steuergeldern gezahlt.

Damit jede/r Beschäftigte einen existenzsichernden Lohn erhält, der für sie/ihn und auch für seine Familie zum Leben reicht, muss der Mindestlohn sofort auf 12 Euro angehoben und dessen Einhaltung kontrolliert werden. Das gilt erst recht in der Corona-Krise! Zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden fordert DIE LINKE eine Grundsicherung, besonders für Kinder, und eine unabhängige Kommission zur Berechnung der Sätze statt politischer Willkür.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!



# Moria: Katastrophe mit Ansage

**Monatelang tat sich nichts im größten Flüchtlingslager Griechenlands. Allen Verantwortlichen war völlig klar, dass es unter diesen menschenverachtenden hygienischen Bedingungen zum Ausbruch von Corona kommen musste. Damit die Lager abschreckend wirkten, wurde nichts dagegen unternommen.**

Als Corona ausbrach, wurden Tausende Geflüchtete eingesperrt. Was Wunder, dass es zu Verzweiflungstaten kam! Die Fraktion der Linken im Kreistag hat deshalb einen Offenen Brief an Landrat Walter geschrieben:

**„Sehr geehrter Herr Landrat Walter,**

wie in der Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses am 16.9. bereits angekündigt, möchten wir Sie bitten und Sie aufrufen, darauf hinzuwirken, dass der Landkreis Tübingen und die im Kreis befindlichen Städte und Kommunen, die sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben, ein deutliches Zeichen der Aufnahmebereitschaft senden.

Wir schlagen vor, dass der Landkreis zusammen mit den Städten Tübingen und Rottenburg signalisiert, dass die Bereitschaft besteht und die Kapazität aufgebaut werden kann, um kurzfristig bis zu 1.000 Menschen von den griechischen Inseln im Landkreis aufzunehmen. Dies ist aus unserer Sicht eine realistische Zahl. Wir sind der Meinung, dass das am Dienstag von der Bundesregierung verkündete Vorhaben, ca. 1.500 Flüchtlinge aus Griechenland zu übernehmen, keine Lösung für die Notsituation und die humanitäre Katastrophe auf Lesbos und den anderen

griechischen Inseln ist. Der Bundesinnenminister möchte offensichtlich ein „Weiter so“ und das bedeutet, dass die „Corona-Gefängnisse“ auf den griechischen Inseln fortgesetzt werden und weitere humanitäre Katastrophen vorprogrammiert sind. Aus unserer Sicht ist längst überfällig, dass die in Europa geltenden Flüchtlings- und Menschenrechte wieder Vorrang erhalten vor einer Politik der Flüchtlingsabwehr. Das müsste dann auch bedeuten, dass alle diese „Hotspots“ auf den griechischen Inseln und an den EU-Außengrenzen aufgelöst werden und die Menschen evakuiert und in der Europäischen Union verteilt werden. Doch eine solche Politik will Seehofer verhindern mit dem Vorwand, dass es eine „europäische Lösung“ brauche.

Wir sagen dagegen: Es wäre bereits einfach machbar, die in den griechischen Hotspots befindlichen Flüchtlinge auf die 174 Kommunen, Städte und Landkreise zu verteilen, die sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben. Grob veranschlagt: Bei 40.000 Personen würde dies bedeuten, dass diese Kommunen im Durchschnitt ca. 250 Geflüchtete aufnehmen müssten. Das bedeutet: Bereits durch eine solche Maßnahme könnte Deutschland die aktuelle „Flüchtlingskrise“ in Griechenland alleine lösen und mit gutem Beispiel vorangehen. Mit ein wenig Diplomatie würde es aber auch gelingen, die Zahl der in Deutschland aufzunehmenden Flüchtlinge zu reduzieren. Auch in anderen EU-Ländern gibt es aufnahmebereite Kommunen, entsprechende Erklärungen existieren längst.

Der Bundesinnenminister muss aus unserer Sicht endlich seine Blockadehaltung aufgeben und den demokratischen Willen der zahlreichen Kommunen akzeptieren oder er muss zurücktreten. Wir möchten Sie deswegen auch auffordern, auf der Basis der Entscheidung des Kreistags vom 27. Mai 2020, sich für eine rechtliche Regelung einzusetzen, die eine Aufnahme von Flüchtlingen auf Landesebene ohne Zustimmung des Bundesinnenministers möglich macht. Die Lage der Menschen in Moria nach dem Brand ist nicht nur angesichts der drohenden Corona-Durchseuchung so schlimm und teilweise lebensbedrohlich, dass sofortiges Handeln erforderlich ist und jetzt nicht zur „Tagesordnung“ übergegangen werden darf. Im Juni 2019 hat der Rottenburger OB Stephan Neher angekündigt, dass er im Bedarfsfall auch Busse losschicken würde, um Geflüchtete abzuholen. Aus unserer Sicht ist hierfür jetzt und sofort der richtige Zeitpunkt.

**Zum Abschluss wollen wir Sie noch auffordern, den bei der Kreistagssitzung am 27.5.2020 erfolgten Beschluss, dass sich der Landkreis zum „Sicheren Hafen“ erklärt und dem „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ beitrifft, bei der Landeshauptstadt Potsdam mitzuteilen (siehe auch die aktuelle Erklärung dieses Bündnisses vom 16.9.2020) und auch in den Medien des Landkreises (z.B. Homepage) zu veröffentlichen.**

Mit freundlichen Grüßen Maggie Paal, Bernhard Strasdeit, Gisela Kehrer, Andreas Linder, Emanuel Peter“

**Kurz und bündig**

## Teure Internetpleite von Eisenmann

Jahrelang hatte Kultusministerin Eisenmann, CDU-Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen im März 2021, der IT-Projekt ELLA ((Elektronische Lehr- und Lernassistenten) im Interesse von IT-Konzernen gepuscht und war damit grandios gescheitert. 1,5 Mio. Schüler und Lehrer sollten damit arbeiten. Leichtfertig waren 20 Mio. Steuergelder den IT-Firmen dafür versprochen worden. Jetzt erhalten diese 6,5 Mio. Euro Entschädigung und die Abnahme von System- und Hardware-Komponenten im Wert von 5,5 Mio. Euro – so leichtsinnig geht die CDU mit Steuergeldern um. Jetzt droht ein erneutes Scheitern mit der Software Office 365 und Teams des US-Konzerns Microsoft für digitale Bildungsplattformen an Schulen wegen großer Sicherheitsbedenken für die Daten.



# Abrechnung mit verteilten Rollen im Gemeinderat

## Tiefpunkt der Debattenkultur

**In der letzten Sitzung des Gemeinderats vor den Sommerferien gab es zwei offensichtlich geplante und koordinierte Angriffe der Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD gegen die Listenführer von FAIR und Die Linke.**

Ohne jeglichen Bezug zum Thema der Tagesordnung trug Horst Schuh (CDU) einen persönlichen und herabsetzenden Angriff gegen Volkmar Raidt vor, in dem es unter anderem um seine Landwirtschaftsgeräte und um seine neue Ferienwohnung ging. OB Neher versagte völlig in seiner Aufgabe als Verhandlungsführer, diese diffamierenden Aussagen sofort zu unterbinden, wie es seine Pflicht gewesen wäre (Gemeindeordnung von Baden-Württemberg).

Später griff Hermann Steur, Fraktionsvorsitzender der SPD, den Linkenstadtrat Dr. Peter als „puren Populisten“ an, der die Dinge immer so hindrehe, wie sie ihm passten. Dazu zitierte er aus der Rathaus-Runde von Dr. Peter: „Seit Monaten wächst die Wut in Rottenburg und Umgebung über die Absicht einer selbstherrlichen Rathauspitze, den letzten Schlachthof im Landkreis mit fadenscheinigen Argumenten zu schließen.“

Das sei eine Frechheit! Steur „vergaß“ dabei, dass die Rathauspitze bis vor kurzem jegliche Weiterexistenz des Schlachthofs in Rottenburg kategorisch abgelehnt hatte, dies wäre keine kommunale Aufgabe. 4.000 Unterschriften als Argumente für den Erhalt des Schlachthofs und die große Menschenkette quer durch die Stadt zählen nicht. Wer dreht die Dinge so, bis sie ihm passen? Aber darin hat Hermann Steur ja beim Bürgerentscheid über das Galgenfeld reichliche Erfahrungen gesammelt. Beide Redebeiträge waren nicht spontan, sondern vorbereitet, abgelesen und abgesprochen – die Opposition soll durch persönliche Diffamierungen mundtot gemacht werden. Die offensichtliche Pflichtverletzung von OB Neher als Sitzungsleiter markiert einen Tiefpunkt in der Diskussionskultur des Rottenburger Gemeinderats.

### Wer sind die Populisten?

In seinem neuesten Werk „Kapital und Ideologie“ (2020) begründet der weltweit anerkannte Ökonom Thomas Piketty, warum er den Begriff Populismus nicht verwendet. Seit Längerem wird von Regierenden der Vorwurf des Populismus immer dann erhoben, wenn ihnen keine Argumente mehr einfallen oder wenn sich Parteien und

Bewegungen für soziale Forderungen der Bevölkerung einsetzen, die dem Interesse des Profits widersprechen. Deshalb werden Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien als „populistisch“ diffamiert. „Die politisch-ideologischen Konflikte, die wir in verschiedenen Regionen der Erde beobachten konnten, sind in hohem Maße mehrdimensional. Der in der öffentlichen Diskussion mitunter bis zum Überdruß bemühte Begriff des Populismus läuft dagegen darauf hinaus, alles in einen Topf zu werfen. Allzu oft wird der Begriff von den politischen Akteuren dazu missbraucht, unterschiedslos alles zu bezeichnen, was ihnen nicht in den Kram passt und wovon sie sich absetzen möchten. Der Begriff ist tatsächlich zur unschlagbaren Waffe geworden, die es hochbegünstigten sozialen Gruppen erlaubt, jede Kritik ihrer politischen und programmatischen Entscheidungen im Voraus zu disqualifizieren. Es reicht, den Gegner als ‚Populisten‘ zu bezeichnen, und schon kann man mit dem besten Gewissen der Welt die Diskussion abbrechen und zu denken aufhören.“ Was gibt es dem noch hinzuzufügen?

**Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat**

**Kurz und bündig**

### Spahns Feigenblatt

Medienwirksam verkündete Gesundheitsminister Spahn einen einmaligen Betrag von drei Milliarden Euro für Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen. Natürlich nicht für die Suche nach 100.000 fehlenden Pflegekräften, sondern hauptsächlich für die Digitalisierung. Seit 1991 haben die Bundesländer 16 Prozent weniger in Krankenhäuser investiert, jährlich (und nicht einmalig!) fehlen ihnen drei Milliarden, um weitere Verschlechterungen aufzuhalten

(Heute-Nachrichten, 2.9.20)

### Seehofer verbietet Flüchtlingsaufnahme

Immer mehr Städte und das Bundesland Thüringen haben sich zur Aufnahme von 500 Flüchtlingen von den griechischen Inseln bereit erklärt. Die katastrophale Lage in den Lagern ist menschenunwürdig und begünstigt die Ausbreitung des Corona-Virus. Bundesinnenminister Seehofer verweist auf eine europäische Lösung, von der seit Jahren weiß, dass sie nicht kommt. So kann er seine Hände in christliche Unschuld waschen.

### Rüstungsexporte in die Türkei

Trotz des völkerrechtswidrigen Einmarsches der Türkei in Nordsyrien hat die Bundesregierung Rüstungslieferungen in die Türkei in Höhe von fast 26 Mio. Euro im Zeitraum vom 9. Oktober 2019 (Beginn des Einmarsches) bis zum 22. Juli 2020 genehmigt.

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Der Schlachthof in Rottenburg muss erhalten bleiben!

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!**

**Wir danken allen TeilnehmerInnen der Kundgebung, dass sie sich so zahlreich beteiligen, speziell aber den VegetarierInnen und VeganerInnen die heute mit dabei sind.**

In die Diskussion um den Rottenburger Schlachthof ist Dank des Drucks der Initiative zum Erhalt des Schlachthofs von Seiten der Stadt erfreulich viel Bewegung gekommen. Mittlerweile zeigt sich die Stadt bereit, den Fortbestand einer Schlachtmöglichkeit in Rottenburg mitzutragen. Nun gilt es beharrlich weiterzumachen, damit es zu keiner Rolle rückwärts kommt. (...)

**Das Gegenteil einer verantwortlichen Tierhaltung ist die industrielle „Fleischproduktion“ just in Time.**

Massentierhaltung bedeutet Aufzucht von Tieren mit Antibiotika, Doping, Beruhigungsmittel etc.. Artgerechte Haltung braucht überschaubare Betriebs- bzw. Gruppengrößen. Das leisten unsere Landwirte im Umkreis. Die Qual der Tiere in mehrstöckigen „Fleischfabriken“, eng getaktet zwischen Ferkelzucht und Großschlachthöfen, die nur in Alter und Gewicht genormte Tiere abnehmen, ist die Folge reiner Profitorientierung. Wegen Corona geschlossene Schlachthöfe verschieben ihre Warenströme - das ist ein Originalzitat - nach Holland und Süddeutschland. Lebewesen, nicht Waren werden da durch die Lande gekarrt. Wollen wir das oder doch lieber unsere flexiblen lokalen Schlachthöfe in Rottenburg, Balingen und Metzgingen?

**Schlachthof ist nicht gleich Schlachthof.**

Jeder Schlachthof hat ein eigenes Leistungsprofil. Der Rottenburger Schlachthof hat außergewöhnlich viele Zulassungen und Leistungsangebote.

Deshalb kann er individuell wesentliche Leistungen auch für Nebenerwerbslandwirte und private Tierhalter anbieten, die die Großschlachthöfe nicht kennen und die auch

Gärtringen bisher nicht abdecken kann. Auch darum bin ich für den Erhalt des Schlachthofs in Rottenburg.

**Folgen einer Schlachthofschließung für Tierhalter und Kulturlandschaft**

Erschrocken erfuhr ich in der Initiative für den Erhalt des Schlachthofes, dass ca. 30% Bauern und Selbstvermarkter die Schafhaltung, die Schweine- oder Rinderaufzucht einstellen müssten ohne unseren Schlachthof. Bei den Schafhaltern, die unter anderem die Freiflächen und Wacholderheiden an der Wurmlinger Kapelle, am Österberg, am Schönbuchhang und an der Weilerburg erhalten, betrifft das praktisch alle größeren Betriebe der Umgebung und Privathalter. Der Mehraufwand ohne den Schlachthof vor Ort macht die Tierhaltung vollends unlohnend. Arbeiten und zuzahlen, das ist niemandem zuzumuten. Auch darum brauchen wir einen Schlachthof in Rottenburg, wenn wir unsere schöne Landschaft erhalten wollen. (...)

**Industrielle Fleischproduktion hat Gesundheitsfolgen.**

Übermäßiger Fleischverzehr schadet der Gesundheit. Es ist besser weniger und dafür qualitativ hochwertiges Fleisch zu essen. Was Sie vielleicht nicht wissen: Laut Robert Koch Institut sterben jedes Jahr 10.000-20.000 Menschen in unseren Krankenhäusern durch antibiotikaresistente Keime. Viele dieser Keime stammen aus der Massentierhaltung, die ohne Antibiotika nicht machbar ist. Diese Keime werden sich weiterverbreiten.

Was Sie auch nicht wissen: Wahrscheinlich gibt es keine wirklich neuen Antibiotika mehr, weil alle Wirkwege ausgereizt sind! Fast alle großen Pharmakonzerne haben deswegen die Forschung aufgegeben. In 5 Jahren sterben mehr Menschen **durch** diese Keime, als wir corona-assoziierte Todesfälle hatten: Warum gibt es keinen Lock-Down für die Massentierhaltung? Vögel und Insekten sterben aus durch Futtermittelmonokulturen im Norden und Osten. Die Gülleseesenseuchen das Grundwasser.

Wir brauchen unsere kleinteiligere bäuerliche Landwirtschaft vor Ort und den damit verbundenen Schlachthof in Rottenburg. (...)

**Sichere Versorgung durch massensorientierte Monopolstrukturen ist eine Illusion.**

Nicht die Massenproduktion einiger Großkonzerne kann unsere Fleischversorgung sichern, sondern nur eine dezentrale Tierzucht und Weiterverarbeitung. Die Schweinepest - für Schweine fast immer tödlich - kommt aus dem Osten und ist bereits an der Oder angelangt. Sie wird zu uns kommen durch Wildschweine oder ein weggeworfenes Salamibrot mit dem Virus. Dann muss der überregionale Transport und Vertrieb eingestellt werden. In China wurden Millionen Schweine gekeult und verbrannt. Sardinien darf keine Salami mehr ans Festland liefern. Haben Sie Lust, in der Schlange an der Landkreisgrenze zu warten um mit Ihrem PKW durch ein Desinfektionsbecken zu fahren? Darum fordern wir lokale Produktion und Verarbeitung in unserem Schlachthof und bei unseren Metzgern. (...)

**Unser Konsum ist verbunden mit der „Dritten Welt“.**

Wie schon erwähnt: Was nicht Schnitzel, Braten, Steak und Hackfleisch ist, wird durch Tönnies und Co. subventionsgestützt zu Billigstpreisen nach Afrika und in asiatische Länder verkauft. Das zerstört die Landwirtschaft in diesen Ländern. Die Bauern dort können unmöglich Fleisch zu diesen Importdumpingpreisen produzieren. Daraus folgt Not und Perspektivlosigkeit - eine der Hauptfluchtursachen. Unser Massenverzehr von vermeintlich billigem Fleisch ist das Gegenteil der Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir schaden damit nicht nur Tieren sondern Menschen. Billigfleisch kommt allen teuer zu stehen.

Darum bin ich für lokale Produktion, Schlachtung, Verarbeitung und Verzehr.

(Gastbeitrag von Klaus Weber, Rede anlässlich der Menschenkette vom Schlachthof zum Rathaus – Wir danken für die Überlassung)



## Jubiläum!

### 10 Jahre „Neues aus dem Neckartal“

Ganz treue Leser werden sich noch an das erste „Blättle“ erinnern: Es war wirklich nur ein doppelseitiges Flugblatt - und jetzt halten Sie ein zwölfseitiges Heftchen in der Hand.

Die Ausgangsüberlegung war, dass ein Info-Stand allein deshalb, weil er da steht, wenig attraktiv ist. Auch ist das Ganze nicht spannender, wenn rote Sonnenschirme mit **DIE LINKE** ihn markieren. Was tun? Wie mit den Bürgern ins Gespräch kommen? Wie wäre es also, eine Information mit örtlichem Bezug in der Hand zu haben und sich auszutauschen?

So wurde die Idee von „Neues aus dem Neckartal“ geboren und es soll nicht verschwiegen werden, dass die Idee für „Neues aus dem Neckartal“ von Wolfgang Schäfer kam.

Unser „Blättle“ gehört nicht zu den sogenannten „Leitmedien“, aber für Rottenburg und das Neckartal hat es doch einen Informationswert. Es ist „Sprachrohr“ der **LINKEN** in Rottenburg. Sollten Sie einmal auf das Kürzel NNT (Neues aus dem NeckarTal) stoßen, dann können Sie getrost auf die Selbstüberschätzung der Redaktion schließen. Was die NZZ (Neue Züricher Zeitung) kann, können wir nämlich auch. Die NZZ ist ein Leitmedium, NNT ein Leidmedium für die unter der Rottenburger Kommunalpolitik leidenden Bürgerschaft.

Unser Selbstverständnis wird getragen von einer kritischen Begleitung der lokalen Politik und dem Hinterfragen des Treibens der örtlichen Verwaltungsspitze. Und es gab in den letzten 10 Jahren viel zu kommentieren und zu kritisieren. Nur einige Themen, die uns beschäftigten und die an Aktualität nicht verloren haben, seien hier genannt:

**Kinderbetreuung** - Gebührenfreie Kindertagesstätten, ausreichende Kitaplätze, Pia-Stellen, leistungsgerechte Bezahlung der Erzieherinnen, Bezahlung der Tageseltern ...

**Wohnungsbau** - die lange Geschichte des DHL-Geländes bis hin zum Wohngebiet, Sozialer Wohnungsbau, Unterkünfte für Geflüchtete im Hammerwasen ...

**Schulen und Bildung** - Sanierung der Schulen im Kreuzerfeld und am Höhenberg, Neubau Schulsporthalle Kreuzerfeld, Ausbildungszentrum für Rottenburg zur Unterstützung von Handwerk und kleinen Betrieben und der GIBA ...

**Förderung der lokalen Landwirtschaft und Erhalt der Natur** - Erhalt des Galgenfeld und - ganz aktuell - des Flugfelds Baisingen ...

Mehr und mehr hat auch die Berichterstattung aus Ergänzungen zugenommen z.B. was den VVS Anschluss und der/die eigene Ortsvorsteher\*in betrifft. Schon wurde überlegt, ob wir den Titel um „Neues aus dem Neckartal und dem Oberen Gäu“ erweitern sollten.

Die Rottenburger Lokalpolitik wird von sehr viel Traurigem umspült und um unseren Lesern ein leichtes Schmunzeln in all der Trübnis zu erleichtern, gibt es die „Seite 12“, die hoffentlich dem einen/der einen ein Grinsen ins Gesicht schreibt. Mehr oder weniger ernsthaft wird dort versucht, nicht alles ernst zu nehmen und die Trauer erträglich zu machen. Übrigens, was dem einen/der einen angeht: Wir werden uns in einer nächsten Ausgabe ausführlich dem Gendersternenchen beschäftigen.

Es muss all denjenigen gedankt werden, die mit ihren Beiträgen - über die Sichtweise der Redaktion hinaus - zur „Aufklärung“ beigetragen haben. Danken möchte ich auch Giovanni Fiore vom Copyshop, der immer pünktlich geliefert hat, auch wenn die Vorlagen sehr spät von mir zugestellt wurden, sodass wir am letzten Samstag im Monat unser Blättle verteilen konnten. Auch denjenigen ist zu danken, die bei der Verteilung auf dem Metzelpfad, vor der Zehntscheuer und auf dem Marktplatz tätig waren.

Mit der Ausgabe März 2020 ist Simon Binder mit in der Redaktion. Ich freue mich sehr darüber. Wir werden jeweils im Wechsel ein interessantes, lesbares und unterhaltsames Blättle gestalten, dessen Gesicht, sprich „Layout“, sich auch unterscheiden wird. Sie können ja dann immer raten, wer wohl da am Blättle „rumgepfuscht“ hat.

Ja, wir sind stolz darauf, 10 Jahre lang - Sommerferien und Winterpause ausgenommen - unser Blättle verteilt zu haben. Wir sind stolz auf unsere Ausdauer. Die meiste Zeit standen wir auf dem Metzelpfad allein, bis auf Wahlkampfzeiten, wo alle anderen Gruppierungen meinten, sich unters Volk mischen zu müssen, um ihre Sprüche los-

zuwerden. Wir waren 10 Jahre lang verlässliche, diskussionsfreudige Ansprechpartner und nicht nur präsent, wenn es um Stimmenfang ging.

Besonders freut es uns, wenn Passanten auf uns zukommen, nach dem neuen Blättle fragen und auch noch ein Exemplar für den Nachbarn mitnehmen. Wir sehen darin Anerkennung unserer „Arbeit“ und die Wahrnehmung des Blättles als ein Alleinstellungsmerkmal der Rottenburger **LINKEN**.

Leider können wir es uns nicht leisten, das Blättle in Farbe kopieren zu lassen, aber seit es auf [www.tuebingen.die-linke-bw.de](http://www.tuebingen.die-linke-bw.de) in Farbe zu finden ist, ist unser Schmerz nur halb so groß und der Informationsgehalt ist auch als s/w-Kopie ebenso stark. Schön ist es in Farbe allemal.

Dass unser Blättle auch von der lokalen Presse zu Kenntnis genommen wird, war erst kürzlich einem Artikel in der „Rottenburger Post“ zu entnehmen. Das freut uns natürlich. Was uns aber der Redakteur sagen wollte, erschloss sich nicht nur dem Autor des ursprünglichen Artikels sondern auch vielen Lesern nicht.

Auch im Rathaus scheint man von uns Notiz zu nehmen. Es wurde uns nämlich untersagt („umgehend zu unterlassen“), dass wir zur Illustration von Artikeln das Rottenburger Stadtlogo verwenden. Ich habe schon im Kopf, daraus eine „Seite 12“ zu machen. Dann aber weniger zur Illustration sondern eher dazu, die Verwaltung lächerlich dastehen und die Leser schmunzeln zu lassen.

Wenn ich in meinem Sammelordner blättere, stelle ich fest, dass mit „Neues aus dem Neckartal“ eine informative Chronik entstanden ist. Vieles ist Vergangenheit, einiges ist aber immer noch so aktuell wie damals. Wie war bzw. wie ist das mit dem „Schänzle“ und wie wird das mit dem „Sparkassenneubau“ am Marktplatz werden.

Uns werden die Themen nicht ausgehen. Wir werden uns bemühen, weiterhin viel Information an Sie weiterzugeben, auch Informationen, die Sie so nicht in der lokalen Presse lesen. Begleiten Sie uns weiter und bleiben Sie uns gewogen!

Norbert Kern, Wendelsheim



Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

**... denn sie wissen nicht, was sie wissen,  
aber sie wissen genau, was wir zu tun und zu lassen haben.**

In Corona-Zeiten ist es wörtlich **beinahe überlebenswichtig zu wissen, was man weiß und was man nicht weiß. Oder: Was uns als Wissen weißgemacht wird.**

Wobei das Nichtwissen nicht vor Strafe schützt. Sollten Sie nicht wissen, dass Sie im Supermarkt oder an der Bushaltestelle eine Maske zu tragen haben, dann drohen Ihnen drakonische - im neuen Sprachgebrauch: coronarische - Strafen. Lumpige 250 Euro sollten Sie immer bei sich haben, um sich von Ihrer Sünde freikaufen zu können.

Ist Ihnen schon aufgefallen, welche Formulierungen, sich in die uns aufgetischten Informationen eingeschlichen haben bzw. gezielt eingesetzt werden, um uns aufzuklären, uns zu belehren und Angst zu machen? Wer in der Schule nicht gelernt hat oder nicht lernen wollte, dass man Texte aufmerksam zu lesen hat, ist in Corona-Zeiten besonders anfällig für Corona-Fakes. Vor allem sollten Sie einschränkende Formulierungen schnell erkennen können und Schlüsse daraus ziehen.

#### Übungstext:

Im Rahmen der Kurzstudie geht es um den Verdacht, dass die mutmaßliche Verursacherin mehrere Lokale besucht

haben soll. Dahinter steht die Erwartung, in Zukunft nicht bewiesene Infektionsquellen eruieren zu können. Die methodische Unsicherheit bei diesem Vorgehen ist groß. Schuldhaftes Verhalten ist nicht bewiesen und die Folgen noch unklar. Sehr wenige eventuelle Folgen sind bei stärkerem Infektionsgeschehen zu erwarten. Noch ist übrigens unklar, welche Übertragungswege in Betreuungseinrichtungen möglich sein können. Allerdings kann nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich Kontaktpersonen auch durch andere Kontakte infiziert haben könnten.

#### Aufgabe:

Welche gesicherte Aussage ist dem Text zu entnehmen?

Das hier nichts gesagt wurde, ist nicht schlimm. Schlimm ist aber, dass aufgrund solcher nichtssagenden Mitteilungen Maßnahmen vorgeschrieben werden, die schlimme Folgen haben - nicht „haben können“. Es werden Schulen geschlossen, strenge Auflagen für Kulturschaffende, die Gastronomie und die Reisebranche werden erlassen. Menschen verlieren ihre Arbeit, Existenzen werden zerstört, Ängste geschürt - alles vorgeblich mit dem Ziel

unser aller Gesundheit zu schützen. In Corona-Zeiten stellen sich für den unbedarften Bürger doch einige Fragen: Was ist ein seriöser Wissenschaftler?

Was zeichnet ihn aus? Seine Dauerpräsenz in den Medien? Sein umstrittenen Aussagen, die weder der Normalbürger noch der Wissenschaftskollege verstehen? Welchem Wissenden kann ich vertrauen oder ist es besser einfach nur zu glauben?

Folgt die Politik wissenschaftlicher Erkenntnis oder der Wissenschaftler den Vorgaben der Politik?

Fragen über Fragen. Aber vergessen Sie nicht, sich immer gründlich die Hände zu waschen, Abstand zu halten und unter der Maske immer zu lächeln - Sie glauben nicht, wie das wohlthuend die Gesichtsmuskeln entspannt. Bleiben Sie frei von jeglichem falschen Wissen trotz aller medialer Indoktrination. Wehren Sie sich, wenn man Sie als Covidioten beschimpft und stellen Sie die Gegenfrage, woher der Beleidiger seine Klugheit nimmt.

Wie's mal war, wird's nicht mehr werden. In diesem Sinne, bleiben Sie gesund - Sie wissen doch hoffentlich, ob Sie gesund sind - : Santé.

Norbert Kern, Wendelsheim

# DIE LINKE.

## Neues aus dem Neckartal

Termine:

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad**  
Samstag, 26. September 2020, 10.00 - 12.00 Uhr

**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**  
Mittwoch, 30. September 2020, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)  
Beachten Sie bitte dazu die Corona Regeln

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**  
facebook.com/solid-rottenburg-a.n.  
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**  
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)  
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg  
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



**Redaktion und Gestaltung**  
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,  
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75  
72108 Rottenburg - Wendelsheim



**V.i.S.d.P.**  
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg